

Medienmitteilung

Bern, 31. Januar 2017

Finanzierung des regionalen Personenverkehrs: Ständerats-Kommission folgt VöV und LITRA

Die ständerätliche Kommission KVF-S hat heute die Botschaft zur Abgeltung von Leistungen im regionalen Personenverkehr (RPV) beraten. Darin schlägt der Bundesrat die Einführung eines Verpflichtungskredits in der Höhe von 3960 Millionen Franken für die Jahre 2018 bis 2021 vor. Jetzt hat die KVF-S wie vom Verband öffentlicher Verkehr (VöV), der LITRA und von den Kantonen gefordert eine stärkere Beteiligung des Bundes an den Mehrkosten beschlossen, um damit neue Tarifierhöhungen zu vermeiden. VöV und LITRA begrüßen diesen Entscheid vollumfänglich.

Der Bundesrat hat für die Jahre 2018-2021 einen Verpflichtungskredit von 3960 Millionen Franken für den RPV beantragt – inklusive 155 Millionen Franken, mit welchen sich der Bund an den geschätzten Mehrkosten gegenüber der Plansituation 2017 beteiligen will. Den verbleibenden Finanzierungsmehrbedarf von 727 Millionen sollen gemäss Bundesrat die Kantone und die Transportunternehmen (TU) übernehmen. VöV und LITRA lehnen diese Aufteilung der Mehrkosten ab, weil damit neue Tarifierhöhungen im öffentlichen Verkehr drohen.

Die ständerätliche Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF-S) hat heute beschlossen, den Vorschlag von VöV und LITRA zu übernehmen: Darin werden die Mehrkosten zu je einem Drittel von den Transportunternehmen, dem Bund und den Kantonen übernommen. Gemäss dieser Aufteilung der Mehrkosten muss der Verpflichtungskredit des Bundes um 144 Millionen auf 4104 Millionen erhöht werden.

VöV und LITRA begrüßen den Entscheid der KVF-S und werden die Beratungen im Ständerat eng begleiten.

[Für weitere Auskünfte](#)

Ueli Stückelberger, Direktor VöV | 031 359 23 35 | 079 613 77 01

Roger Baumann, Kommunikation VöV | 031 359 23 15 | 079 270 10 00

Michael Ruefer, Stv. Geschäftsführer LITRA | 031 328 32 32 | 079 272 51 04